

*Dr. Reiner Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D – 80803 München*

*Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22 852/4
Email:
Reiner.Bernstein@web.de*

28. März 2011

Frau
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

als Historiker befasse ich mich seit langem mit dem Nahen Osten. Dabei gilt mein besonderes Augenmerk dem israelisch-palästinensischen Konflikt und seinem regionalpolitischen Umfeld. Hier in der Bundesrepublik habe ich mich seit Anfang 2004 für die Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der „Genfer Initiative“ eingesetzt. Im Januar 2011 war ich auf dessen Einladung mit dem Abgeordneten Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) in Ägypten, Syrien, Jordanien, Israel und in Ramallah. Herr Gehrcke hat Ihnen über die Ergebnisse vor den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen in Jerusalem einen Bericht zugeleitet. Im März war ich erneut für zwei Wochen in Israel und Ramallah. Während dieser Zeit hatte ich Gelegenheit zu Gesprächen mit Botschafter Dr. Harald Kindermann und mit Vertrauten des Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde Machmud Abbas.

Nach meinen Informationen werden Sie in Kürze Ministerpräsident Benjamin Netanyahu empfangen. In Israel sind der Vorlauf vom 21. Februar und der jetzige Besuch in Berlin unter der Überschrift „Das Telefonat“ breit thematisiert worden; die Hebräisch sprachige Ausgabe der Tageszeitung „Haaretz“ benutzte am 16. März die Überschrift „Versöhnungstreffen“. Erlauben Sie mir deshalb einige Eindrücke und Beurteilungen.

Meine Kernthese lautet, dass sich die Zwei-Staaten-Lösung gemäß den internationalen Vorstellungen erledigt hat. Die Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995, die Clinton-Parameter vom Dezember 2000, die Arabische Friedensinitiative vom März 2002, die „Road Map“ des Nahost-Quartetts vom April 2003 und die „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003 haben die strukturelle Asymmetrie zwischen beiden Völkern nicht behoben. Der damalige Außenminister Shimon Peres hat schon 1992 einen „Grad von Unklarheit und Doppeldeutigkeit“ eingeräumt, der dann die Prinzipienklärung am 13. September 1993 charakterisieren sollte. Bewusst hat die Regierung Yitzhak Rabins den weichen Begriff „Agreement“ statt „Treaty“ durchgesetzt, so dass in beiden Texten das Endziel „Staat Palästina“ nicht vorkommt. Vielmehr wird von einer „Palestinian Interim Self-Government Authority“ gesprochen. In Artikel IX der Interimsvereinbarung vom 28. September 1995 heißt es weiter, dass den Palästinensern keine Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten in den Sphären der auswärtigen Politik einschließlich des Aufbaus von Botschaften, Konsulaten und anderen Formen ausländischer Missionen und Posten zustehen und dass sie solche auch Staaten in der Westbank und im Gazastreifen nicht erlauben dürfen. Hinzu kommt das westliche Missverständnis, dass – wie in Artikel XIII ausgeführt – der englische Begriff „redeployment“ (des Militärs) regelmäßig mit „Rückzug“ übersetzt wird, während er nach israelischer Auffassung „Umgruppierung“ meint.

Die Grundproblematik der „Road Map“ lag darin, dass sie die Zwei-Staaten-Lösung vom Einsatz der palästinensischen Führung gegen den Terror und für Demokratie abhängig gemacht und erst danach die israelische Bereitschaft angemahnt hat, „zu tun, was nötig ist für einen demokratischen palästinensischen Staat“. Die Beweislasten, Anforderungen und Anliegen waren mithin eindeutig verteilt. Da Yasser Arafat „Oslo“ und die „Road Map“ abgezeichnet hat, steht den Palästinensern als partielles Völkerrechtssubjekt lediglich der Rang einer

Beobachterdelegation bei den Vereinten Nationen zu; „Oslo“ war entgegen manchem Urteil keine palästinensische Balfour-Deklaration. Der Autoritätsverlust des „Raís“ nahm seither seinen Lauf. Nachträgliche Versuche der Heilung seiner Nachlässigkeiten sind von der Gegenseite mit leichter Hand abgewehrt worden.

Von einer Erstarrung im Status quo kann demzufolge keine Rede sein, die politische Dynamik ging allein von Israel aus. Heute kontrolliert es auf direktem Wege mehr als 60 Prozent der Westbank. Darüber hinaus machen Eingriffe des Militärs in die sogenannte Zone A die politische Unabhängigkeit der Autonomiebehörde in den fünf Großstädten Bethlehem, Ramallah, Tulkarem, Nablus und Jenin gegenstandslos; die Lage im Stadtzentrum Hebrons ist katastrophal. In Jerusalem haben alle israelischen Regierungen nach dem Junikrieg dafür gesorgt, dass sein Territorium durch die Annexion von 21 palästinensischen Vororten und Dörfern auf 70,5 Quadratkilometer erweitert wurde.

Den Palästinensern in den eingemeindeten Teilen ist prinzipiell das Wohnrecht in Jerusalem selbst vorenthalten. Weiteren 14.000 Menschen bleibt aufgrund ihres Status als „permanent residents“ das Aufenthaltsrecht entzogen. Trotz der erheblichen Geburtenüberschüsse stehen den Palästinensern für den Wohnungsbau nur 13 Prozent der Gesamtfläche der Stadt zur Verfügung – mit dem Ergebnis, dass fast ein Drittel ihrer Bautätigkeit illegal erfolgt ist. Für 86.500 der 270.000 Palästinenser besteht die Gefahr des Abrisses ihrer Wohnungen, und zwar auf eigene Kosten. Um das Steuer- und Abgabenaufkommen zu heben, sind die Kaufleute und Händler gezwungen, israelische Produkte zu kaufen, obwohl ihr Bezug aus der Westbank erheblich günstiger wäre. Ihr Transport endet jedoch am Checkpoint Kalandia. Das unabhängige „Taub Center for Social Policy Studies“ hat im Frühjahr 2010 ausgerechnet, dass in dreißig Jahren fast 80 Prozent der jüdischen und arabischen Bevölkerung Israels aufgrund von mangelhafter Qualifizierung in Schule und Berufsvorbereitung und aufgrund von hohen Geburtenüberschüssen im jüdisch-orthodoxen Bevölkerungsteil dem Arbeitsmarkt kaum angemessen zur Verfügung stehen werden – und damit als übliche Steuerbürger ausfallen.

Dennoch hat die Politik Israels, die sich auf die nationale Sicherheit beruft, nicht die Palästinenser, sondern die jüdische Bevölkerung so schwer neurotisiert, dass sie sich – biblisch gesprochen – der Verheißung oder dem Fluch vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9) unterworfen hat, säkular übersetzt: „Alle sind gegen uns“. Schon 1978 nannte Amos Perlmutter (Harvard University) Israel einen „totalen Garnisonsstaat“, der heute an der University of California lehrende Zeev Maoz sprach dreißig Jahre später von einem „Sparta in moderner Zeit“. Die aktuelle Konsequenz hat die 170.000 Mitglieder zählende amerikanisch-jüdische Friedensorganisation „J Street“ erfahren, der ein Empfang beim Ministerpräsidenten verwehrt wurde, obwohl zu ihrem Jahrestreffen im Februar mehr als 2000 Delegierte und Sympathisanten nach Washington anreisten. Nachdem die Entfremdung vor allem unter jungen Juden in den USA gegenüber Israel nicht länger zu übersehen ist, hat in der Knesset eine Debatte über „Vollzüge des Verhältnisses zwischen jüdischen Gemeinschaften in der Welt und den Regierungen des Staates Israel am Beispiel J Street“ eingesetzt.

Herr Netanyahu ist kein Gefangener der Koalitionsarithmetik. Im Dezember 2009 weigerte er sich beim Treffen mit Herrn Abbas standhaft, ein Papier zu Sicherheitsfragen entgegenzunehmen. Jetzt hat er betont, dass Israel im Zuge eines Endstatus-Vertrages auf der vollen Souveränität über das Jordan-Tal beharren wird. Die scharfe Kritik an der grausamen Ermordung von fünf Angehörigen der Familie Fogel am 13. März in der Siedlung Itamar bei Nablus verband er in der Knesset mit der Zusage „Sie töten und wir bauen“ und bot vier der fünf Abgeordneten der rechtsextremen Partei „Nationale Einheit“ die Beteiligung an der Regierung an. Abgeordnete wünschten eine dritte „Intifada“ herbei, um die Westbank „von den Arabern zu säubern“. Eine Woche später sprachen sich 19 der 27 Abgeordneten des „Likud“, darunter sechs Minister, für den uneingeschränkten Siedlungsbau aus. Von der für Mai geplanten Ansprache des Ministerpräsidenten vor dem US-Kongress wird von israelischen Kommentatoren deshalb nur die Anzeige kosmetischer Korrekturen erwartet.

Die Ankündigung, bis Ende 2011 alle Außenlager („outposts“) der Siedlungen auf privaten palästinensischen Böden in der Westbank abreißen zu lassen, ist bedeutungslos: Die israelische Politik hat für die Einrichtung militärischer Sperrzonen gesorgt und bemüht das osmanische Recht für die Anlage von Pufferzonen um die Siedlungen; nach zehn Jahren fallen sie an den Staat. Weitere Flächen lassen sich zu Staatsland erklären, nachdem palästinensischen Bauern drei Jahre lang die Bewirtschaftung ihrer Felder und Baumplantagen verweigert worden ist. Nachdem das Oberste Gericht Israels mehrfach palästinensisches Bodeneigentum gegen fremden Ehrgeiz bestätigt hat, konterkariert die seit 1981 tätige „Civil Administration“ richterliche Entscheidungen durch Verwaltungsakte. Das vom früheren Präsidenten des Obersten Gerichts Aharon Barak durchgesetzte Recht, wonach Gesetze der Normenkontrolle unterliegen können, hat sich als löchrig erwiesen.

Wenn mit Völkerrecht Staatsrecht gemeint ist, wie Professor Ulrich K. Preuß betont hat, fallen für Israel internationale Proteste gegen schwerwiegende Rechtsverstöße nicht ins Gewicht. Sein Souveränitätstitel über die palästinensischen Territorien findet in der Genehmigungspraxis für Reisen ausländischer Staatsgäste und darin ihren Ausdruck, dass ein Kind jüdischer Siedler unter 16 Jahre juristisch nicht belangt werden darf, während jedes palästinensische Kind unabhängig von seinem Alter vor ein israelisches Gericht gestellt werden kann. Israel ist zwar Vertragspartei der Genfer Konvention von 1949, hat aber nicht das Zusatzprotokoll I von 1977 über Regeln in einem internationalen Konflikt ratifiziert, sondern beachtet sie nach Gutdünken, weil die palästinensischen Gebiete als Teil der israelischen Innenpolitik betrachtet werden. „ Hamas“ wird schneller einen politisch pragmatischen Kurs einschlagen, als Israel eine einzige Siedlung auflöst.

Die Macht der Siedler gleiche der Nuklearenergie im japanischen Fukushima, urteilte der liberal-konservative Kolumnist Ari Shavit. Die Siedlungen, die Checkpoints, der Abriss palästinensischer Häuser und Lagerstätten, die Rodung

von Olivenbäumen sowie die Vergiftung von Brunnen durch tote Tiere, Abfälle und Chemikalien sollen darauf hinwirken, die israelische Omnipräsenz spüren zu lassen. Eine der führenden Politologinnen Israels, die an der Hebräischen Universität lehrende Naomi Chazan, hat in einem Vortrag über Südafrika vor wenigen Tagen „Apartheid“ als die gewaltsame Zuschreibung von ethnisch-biologischen, religiösen und kulturellen Abweichungen definiert.

Es scheint, dass der Westen vor Israels autoritärem Legalismus kapituliert hat. Während die Bundesregierung für die Entwicklung und Stabilisierung von Rechtsstaat und Demokratie in Tunesien und Ägypten finanzielle und logistische Hilfen bereitstellt, ist in Israel ein Gesetzgebungsverfahren im Gange, das auch die deutschen politischen Stiftungen an die kurze Leine nehmen will. Schon im Vorfeld der parlamentarischen Debatten wurde im Militärischen Aufklärungsdienst eine Einheit etabliert, um liberale und linksorientierte Gruppen zu beobachten und daraus gewonnene Informationen an die Regierung weiterzuleiten. Dabei ist nach Angaben eines Ministeriumssprechers völlig unklar geblieben, wie gegebenenfalls ein Vorwurf der „Delegitimierung Israels“ begründet werden kann: Gehören dazu der Versuch der internationalen „Friedensflotte“ vom Mai 2010, Hilfsgüter in den Gazastreifen zu bringen, und die Kritik an der Besatzungspolitik?

Jede Siedlung und jede Wohnanlage im einst arabischen Ostteil Jerusalems einschließlich der Altstadt, wo Häuser unter bisweilen höchst dubiosen Umständen erworben werden, braucht die Abschirmung durch israelische Sicherheitskräfte und belastet den Staatshaushalt. Nach dem Mord in Itamar hat Benjamin Netanyahu weitere 27 Millionen Neue Shekel (rund 2,4 Millionen Euro) zum Schutz der Siedlung vor neuen Terrorangriffen zugesagt. Da aber, wie bekannt, das Geld nur einmal ausgegeben werden kann, ist Washington um zusätzliche 20 Milliarden US-Dollar zur Verstärkung der nationalen Sicherheit ersucht worden. In Zeiten der

eigenen schweren Haushalts- und Fiskalkrise wäre es angebracht, wenn die USA Steuervergünstigungen für private Investitionen und Spenden streichen, ohne die ein Großteil des Siedlungsbaus nicht realisiert werden kann. Die israelische Regierung will gegen solche Zuweisungen keine rechtliche Handhabe erkennen.

Die EU-Außenminister haben am 22. Februar die israelische Siedlungspolitik als illegal bezeichnet, während die US-amerikanische Botschafterin Susan Rice sie nach dem Veto im UN-Sicherheitsrat lediglich als illegitim einstufen wollte. Desto bedauerlicher ist es, dass in der Bundestagsdebatte am 16. März zum „Umbruch in der Arabischen Welt“ die Herstellung des engen Zusammenhangs zwischen den dortigen historischen Zäsuren und der Entwicklung in Israel / Palästina ausblieb. Stattdessen hat Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass „der Umbruch in der arabischen Welt für unseren Partner Israel ... nicht zu einem Weniger an Sicherheit für Israel“ führen dürfe. Ich hoffe sehr, dass mit den Partnern nicht die Herren Netanyahu und Lieberman und deren Politik gemeint sind. Eine derartige Intimität würde übersehen, dass Ehud Sprinzak (Hebräische Universität) schon Anfang der 1990er Jahren seinem Land einen „Eliten-Illegalismus“ bescheinigte.

Aus welchen Quellen die Sorge vor einer Bedrohung Israels stammt, entzieht sich meiner Kenntnis. Zwar muss Israel mit dem Ende der ihm genehmen Politik der autokratisch verfügten Zurückhaltung in Ägypten und Jordanien rechnen. Von der Aufkündigung der Friedensverträge wird aber in beiden Ländern aufgrund der nationalen Interessenlagen nicht die Rede sein. An der Grenze zum Gazastreifen und zum Libanon beschränkt sich die Konfrontation auf einen Abnutzungskrieg. Massive militärische Gefechte würden den arabischen Demokratiebewegungen den Todesstoß versetzen.

In Ramallah und Gaza-Stadt wird es einer neuen Führung bedürfen, um die innerpalästinensischen Spannungen und Widersprüche aufzufangen. Nach einer

Umfrage von Mitte März glaubt die Hälfte der Palästinenser, dass die nationale Einheit lange auf sich warten lassen wird. Beide Regierungen – in der Westbank mit tatkräftiger Unterstützung seitens der Bundesregierung beim Aufbau von Polizei- und Sicherheitsstrukturen – bemühen sich, die überwältigende Sympathie für den „arabischen Frühling“ zu kontrollieren, wenn nicht gar zu unterdrücken. Die westliche Hilfe für die Autonomiebehörde mit zwei Millionen direkt davon Abhängigen hat einer Entpolitisierung der palästinensischen Gesellschaft in eigener Sache Vorschub geleistet. Zur politischen Beruhigung sei ein Programm des ökonomischen Neoliberalismus aufgelegt worden, das sich als politische Befreiung von der Okkupation geriere, ist behauptet worden.

Gestatten Sie mir, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, abschließend der Frage nachzugehen, welche Auspizien sich für die europäische Politik und damit auch für Ihre Regierung ergeben. Ich will meine Überlegungen in acht Punkten zusammenfassen:

- 1. Der Anspruch Israels als Wahrzeichen von Demokratie und Rechtsstaat im Nahen Osten ist durch innen- und außenpolitische Dogmen buchstäblich demontiert worden. Nicht von ungefähr lautete der Text auf einem Spruchband bei der Großdemonstration am Abend des 15. Januar in Tel Aviv „Gefahr! Die Demokratie steht vor ihrem Ende!“. Die Benennung des politischen und ethischen Preises auf dem Konto von Selbstherrlichkeit, Unterdrückung und Okkupation steht aus. Dabei muss über mehr entschieden werden als über die mittlerweile sprichwörtlichen „schmerzhaften Entscheidungen“ („painful decisions“).*
- 2. Trotz der oben beschriebenen politischen Defizite hält die internationale Staatengemeinschaft an den perspektivisch untauglichen Osloer Vereinbarungen und an der „Road Map“ fest, obwohl ein diplomatischer*

Befreiungsschlag überfällig ist. Solange das von den Autoren Hussein Agha und Robert Malley angemahnte völlig neue Regiebuch auf sich warten lässt, sind Friedenspläne illusorisch, zumal wenn sie an der Vielgestaltigkeit der Realitäten vor Ort vorbeigehen und Israels Politik des Details und der routinierten Prozesse keine hinreichende Beachtung schenken. Soll die Zwei-Staaten-Lösung eine letzte Chance haben, reicht es nicht aus, alles für ein gutes Klima tun zu wollen. Vielmehr muss die Hilfe für eine Zwei-Staaten-Lösung auf einer gesamteuropäischen Zustimmung und auf einer festen Position der Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat aufbauen, um das Gewicht der erwarteten Proklamation des Staates Palästina zu optimieren. Die Diplomatie kann nicht daran interessiert sein, dass die Politik der vollendeten Tatsachen Israelis und Palästinenser in eine Position mit dem Rücken zur Wand treibt.

- 3. Sollte Europa eine Vermittlungsrolle übernehmen wollen, sollte es von der Wiederholung der Vorgaben aus den einschlägigen UN-Resolutionen, Quartett-Erklärungen und EU-Bekundungen absehen. Einzige Bedingung wäre die Achtung der internationalen Rechtsordnungen auf der Grundlage der politischen Ebenbürtigkeit beider Verhandlungspartner. Der Dreh- und Angelpunkt auf dem Weg zum Frieden muss vor Ort in zwei Richtungen angelegt sein: von unten nach oben und von oben nach unten.*

- 4. Auch an die palästinensische Seite sind substantielle Erwartungen zu richten: die Durchführung von freien Wahlen in der Westbank, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem mit dem Ziel einer demokratisch legitimierten Legislative und Exekutive; Korrekturen bei der Rechtsprechung und in der Verwaltung; Zählung der Sicherheitsapparate; Überwindung von Klientelismus und Korruption sowie ungehinderter Meinungs- und Informationsaustausch. Bleiben diese Maßnahmen aus, wird sich die Proklamation Palästinas als politischer*

Eskapismus entpuppen. Im Herbst 2010 ermittelte das „Palestinian Center for Policy and Research“, dass nur 27 Prozent der Befragten in der Westbank und im Gazastreifen bereit sind, die Behörden angstfrei zu kritisieren.

- 5. Die Überwindung der tiefen politischen und gesellschaftlichen Ungleichgewichte, unter denen die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft leiden, bildet eine der Grundvoraussetzungen für den Frieden zwischen beiden Völkern. In den vergangenen Wochen haben zu allem Überfluss zwei Gesetze zu Lasten dieses Bevölkerungsteils die Knesset passiert. Mitte März wurden in der nordgaliläischen Stadt Safed (Zafat) Rufe laut, dass „für die Araber im Staat Israel kein Platz“ sei. Herrn Netanyahus stolzer Hinweis auf Israels Immunität gegenüber den Schockwellen in der arabischen Nachbarschaft könnte im eigenen Land auf eine harte Probe gestellt werden. Zu begrüßen ist, dass die EU-Erklärung vom 22. Februar erstmals in Ziffer 25 auf die „arabische Minderheit“ in Israel Bezug nimmt, auch wenn sie die politische Dimension ihres Status ausklammert, der durch das Beharren auf dem Charakter Israels als jüdischem Staat zusätzlich dramatisiert wird.*
- 6. In Jerusalem hat sich ein Realitätswandel durchgesetzt, an dem die internationale Politik nicht vorbeikommt. Die Vorschläge der Clinton-Parameter sind überholt. Sollte es zu einer Zwei-Staaten-Lösung mit einer Doppelhauptstadt kommen, bietet sie die einzigartige Chance, dass sich Jerusalem zum Markstein nationaler und religiöser Koexistenz entwickeln kann.*
- 7. Politisch-strategische Kurzatmigkeit im Westen schließt die Geringschätzung religiös-fundamentalistischer Faktoren ein, die seit*

Menachem Begins Anweisung an die diplomatischen Vertretungen an durchgreifendem Gewicht gewonnen haben, nämlich fortan die biblischen Bezeichnungen „Judäa und Samaria“ zu verwenden. Seither sind in Israel immer wieder Ausdrücke wie „religiöser Totalitarismus“ und „jüdischer Khomeinismus“ gefallen. Der in Itamar amtierende Rabbiner hatte nach der Mordtat an der Familie Fogel nichts Bedeutsameres zu tun, als den Tod des 11jährigen Yoav, der sich durch einen eminenten Lerneifer in Talmud und Torah auszeichnete, als Erfüllung der göttlichen Vorsehung zu würdigen. In der Verheißung spiegelt sich die Überzeugung wider, wonach es „etwas Übernatürliches“ gebe, das die Geschicke des jüdischen Volkes lenkt.

- 8. In der arabischen Welt von morgen darf der religiöse Fundamentalismus im moslemischen Gewand nicht die Oberhand gewinnen. Vielmehr sollte Europa dabei helfen, dass sich die These von der Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie selbst ad absurdum führt.*

Nach Auskunft aus dem israelischen Generalstab ist das Militär nicht in der Lage, in der Westbank eine weiträumig organisierte gewaltfreie Rebellion wirkungsvoll einzudämmen. Für zusätzliche Spannungen ist gesorgt, nachdem zum 15. Mai im Gedenken an die Flüchtlingskatastrophe von 1948 alle Palästinenser, wo auch immer sie wohnen, zum symbolischen Marsch an die Grenzen Israels aufgerufen worden sind.

Mit der Überwindung des israelisch-palästinensischen Konflikts sind die Widersprüche in der arabischen Nachbarschaft nicht behoben. Syriens Präsident Bashar al-Assad wurde nicht müde, das Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Befreiung zu unterstreichen, andererseits hat er wie sein Vater zuvor nicht gezögert, die politischen Freiheitsrechte im eigenen Land zu unterdrücken. Das Los seiner Baath-Partei steht dahin. In Jordanien steht der Primat des

(Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, S. 12)

haschemitischen Königshauses zur Disposition und wird im günstigsten Falle einer konstitutionellen Monarchie Platz machen. Das politische Schicksal des von einer obskurantistischen Islam-Exegese heimgesuchten Saudi-Arabien, dem reichen „Koloss auf tönernen Füßen“, bleibt die große Unbekannte. Die nationale Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern im Großraum zwischen Mittelmeer und Jordan würde den arabischen Regierungen den Vorwand entwinden, die Regelung ihrer einheimischen und zwischenstaatlichen Probleme weiterhin zu vernachlässigen.

Nach dem jahrzehntelangen „bewaffneten Frieden“, so David Ben-Gurion 1952, sollte in Israel die Devise „Vorwärts in die Vergangenheit“ vom Übergang in eine Zukunft der Demokratie abgelöst werden, die sich nicht nur auf formale Kriterien wie Wahlen und Meinungsfreiheit stützt. Vor drei Jahren haben die amerikanischen Diplomaten und Wissenschaftler Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky in ihrer Kritik an der Nahostpolitik des State Department geschrieben, dass der 11. September 2001 und der Krieg im Irak das Gewicht für den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern verstärkt hätten. Gleiches lässt sich für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem „arabischen Frühling“ und dem Nahostkonflikt behaupten. Der Weizen muss sich von der Spreu trennen. Für den politischen Westen besteht nach den Worten von Zeev Maoz die größte Herausforderung darin, die jüdische Bevölkerung Israels von ihrer Psychologie des ewigen Opfers zu befreien. Dazu gehört allerdings viel mehr, als das Existenzrecht Israels zur Staatsräson zu erklären.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Reiner Bernstein

www.reiner-bernstein.de
www.genfer-initiative.de